

Protokollauszug

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 09.06.2022

Zu Ö 9 Aufnahme aus der Ukraine Geflüchteter in Aachen ungeändert beschlossen FB 56/0183/WP18

Herr Rudig (Schulaufsicht) bedankt sich für die Einladung zur heutigen Sitzung. Er hebt die gute Zusammenarbeit mit den beiden Kommunalen Integrationszentren (KI) von Stadt und StädteRegion Aachen vor. Die Beratung, die von beiden Zentren angeboten werde, sei herausfordernd. Allerdings berichtigt er die Aussage in der Vorlage, dass das KI die Schüler*innen an die Schulen vermitteln würde. Das Ministerium habe der Schulaufsicht die Kompetenz zur direkten Zuweisung an die Schulen erteilt, was einen kompletten Paradigmenwechsel bedeuten würde.

Die in der Vorlage dargestellten Zahlen seien mittlerweile nicht mehr aktuell: durch die hohe Fluktuation würden diese sich quasi täglich ändern. Ebenso würde ein nicht unerheblicher Teil an geflüchteten Kindern über die Familien, bei denen sie untergebracht würden, direkt an Schulen herangeführt und dort aufgenommen. Dieser Anteil sei den KIs nicht sofort bekannt. Allerdings hole das Ministerium wöchentlich die aktuellen Zahlen bei den Schulen ein, diese seien auch Grundlage für die Stellenzuweisungen. Seit Jahresbeginn seien in der gesamten StädteRegion Aachen 1.823 Schüler*innen mit Fluchthintergrund aufgenommen worden, davon 852 in der Stadt Aachen.

In der letzten Woche habe die Zahl der aus der Ukraine geflüchteten Kinder bei 366 in Aachen gelegen, in dieser Woche bei 382. Die Zahlen aus dieser Woche müssten allerdings nochmals geprüft werden. Die statistischen Auswertungen könnten auch nach den einzelnen Schulformen gefiltert werden. Er bietet dem Ausschuss an, regelmäßig die Zahlen zur Information vorzulegen. Gleichzeitig erwarte er von allen Schulen, sich an der Aufnahme von Kindern mit Fluchthintergrund zu beteiligen.

Frau Griepentrog dankt Herrn Rudig für die Informationen und würde das Angebot gerne annehmen.

Herr Rudig ergänzt, dass er diese gefilterte Auflistung wöchentlich an die KIs melde, damit diese die Situation im Blick behalten könnten, um frühzeitig auf mögliche Überlastungen von Schulen oder auf freie Kapazitäten reagieren zu können. So weise beispielsweise das Anne-Frank-Gymnasium die höchste Auslastung im gymnasialen Bereich auf, die Hauptschule Aretzstraße habe ebenfalls einen hohen Anteil. Es müsse auch stets die vorhandene Ausstattung der Schule in den Blick genommen werden. Wenn eine Schule keine Kinder mit Fluchthintergrund aufnehmen möchte, dann müsse sie dies begründen. Er lobt das hohe Engagement der Aachener Schullandschaft, gleichzeitig betont er, dass kleinere Schulträger in der StädteRegion auch vor größeren Herausforderungen bei der Aufnahme stünden.

Weiterhin weist er auf eine im zugrundeliegenden Ratsantrag der CDU-Fraktion formulierte Bitte an die Verwaltung hin, nach ukrainisch-sprachigen Unterstützungskräften für die Beschulung zu suchen. Grundsätzlich handele es sich hierbei seiner Ansicht nach um einen guten Vorschlag, der allerdings mittlerweile von der aktuellen Entwicklung eingeholt worden sei. Es sei zwischenzeitlich eine Landesstelle eingerichtet worden, an die sich alle ukrainisch-sprachigen Lehr-/Fachkräfte hinwenden sollen. Dort würden sie erfasst, beraten und an Schulen vermittelt.

Darüber hinaus berichtet er von teils dramatischen Szenen in den Schulen, beispielsweise beim Ertönen einer Alarmsirene. Hier lobt und dankt er den Schulpsychologischen Diensten die sich aktiv einbringen und die Schulen unterstützen.

Herr Auler dankt Herrn Rudig für seine Ausführungen. Der Antrag der CDU-Fraktion sei bereits drei Monate alt, da seien die neuen Strukturen noch nicht bekannt gewesen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
Einstimmig.